

7. Abrechnung Kredit für die Erstellung eines Erweiterungsbaus für das Zahnärztliche Institut der Universität Zürich und die kantonale Volkszahnklinik an der Plattenstrasse 17/19, Zürich

Antrag des Regierungsrates vom 14. November 2018 und gleichlautender Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 10. September 2019

Vorlage 5503

Andrew Katumba (SP, Zürich), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Diese Vorlage ist ein bisschen weniger emotional (*als Traktandum 6, Vorlage 5492*), so hoffe ich, denn sie reiht sich in die Liste all jener hängigen Kreditabrechnungen, die in der Verwaltung inzwischen ziemlich gut abgehängt sind. Die Detailprüfung eines Bauvorhabens, das bereits 25 Jahre zurückliegt, ist nachweislich auch für unsere Kommission ziemlich schwierig, da sich die damalige Verbuchung in einigen Punkten erheblich von der heutigen Verbuchungspraxis unterschied. Erschwerend kommt hinzu, dass die Verantwortlichkeiten für besagtes Bauvorhaben in den letzten 25 Jahren zwischen der Baudirektion und der Bildungsdirektion hin und her wechselten.

Die damalige Kreditvorlage von über 41 Millionen Franken erforderte eine damals noch obligatorische Volksabstimmung, bei der die Bevölkerung im Juni 1994 dem Kredit zugestimmt hat. Im darauffolgenden Jahr konnte mit dem Bau begonnen werden und knapp drei Jahre später wurde der Erweiterungsbau bezogen. Doch bereits im darauffolgenden Sommer zeigte sich, dass die Raumtemperaturen in den nicht klimatisierten Räumen im Sommer zu hoch und im Winter zu tief waren. In einem ziemlich aufwendigen Verfahren musste daraufhin eine akribische Ursachenanalyse betrieben werden. Man hat festgestellt, dass die Architekten die Berechnung der Glasfassade zwar korrekt vorgenommen haben, jedoch die mit der Ausführung beauftragte Fassadenfirma die Anforderungen nicht korrekt umgesetzt hat. Die Fehlerbehebung dauerte darauf weitere fünf Jahre. Die letzten Zahlungen zulasten des Kredits für den Erweiterungsbau des Zahnärztlichen Instituts der Universität Zürich und der kantonalen Volkszahnklinik wurden im Jahre 2004, also zehn Jahre nach Baubeginn vorgenommen. Weshalb die Erstellung der nun vorliegenden Kreditabrechnung erneut 15 Jahre gedauert hat, ist bis heute schleierhaft. Zahlreiche Personalwechsel und die mehrfachen Wechsel der Zuständigkeiten innerhalb der Verwaltung machten im Anschluss umfangreiche Nachabklärungen nötig.

Nach all den Jahren liegt uns nun eine etwas zahnlose Kreditabrechnung vor. Die Rechnung schliesst trotz der jahrelangen Baumängelbehebung mit rund 102'000 Franken unter Budget ab. Unter diesen doch positiven Umständen und im Wissen der baldigen Einführung des Immobilienmanagements haben die Kommissionsmitglieder daher von einer vertieften Nachprüfung abgesehen.

In diesem Sinne beantrage ich Ihnen im Namen der einstimmigen Kommission, die vorliegende Kreditabrechnung doch noch zu genehmigen.

Barbara Grüter (SVP, Rorbas): Heute liegt ein Kreditabrechnungsantrag vor, der – wir haben es gehört – vom Regierungsrat zur Abnahme empfohlen wird. Vorab, die SVP wird dem Antrag zustimmen, nicht jedoch ganz ohne rügende Worte: Diese Vorlage, diese Kreditabnahme ist ein Amtsschimmel sondergleichen. Mit Beschluss im Januar 1994 des Kantonsrates und der Zustimmung des Volkes im Juni darauf wurde das Projekt gutgeheissen. Mit dem Bauvorhaben wurde im Juli 1995 begonnen und im Juli 1998, also drei Jahre später, wurden die Räumlichkeiten bezogen. Kurz nach Inbetriebnahme zeigten sich offenbar Probleme mit dem Raumklima. Schrittweise bis ins Jahr 2003, also weitere fünf Jahre, wurde mit der Unterstützung der EMPA (*Eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt*) Massnahmen vorgenommen und umgesetzt, um die Normen für das Raumklima zu erreichen und einzuhalten. Der offenbar stete Wechsel zwischen den zuständigen Direktionen und der mehrfache Personalwechsel innerhalb der Verwaltung seien an dieser Verzögerung schuld und liessen die Jahre ins Land ziehen. Eine Bauzeit von über 20 Jahren kann sich auch nur die öffentlich-rechtliche Hand leisten. Es wäre wohl die Aufgabe der Politik, hier genauer hinzuschauen und nachzuhaken beziehungsweise solche Verzögerungen kritisch zu hinterfragen. Da gibt es sicher noch viel Optimierungsarbeit für die Zukunft für uns alle. Die SVP empfiehlt, die Kreditabrechnung zu genehmigen, zumal diese ja positiv ausfällt, und das Projekt somit endlich abzuschliessen. Besten Dank.

David John Galeuchet (Grüne, Büllach): 26 Jahre sind seit der Bewilligung des Kredits des Bauvorhabens im Kantonsrat und in der darauffolgenden Volksabstimmung vergangen, eine ganze Generation. Vom Bezug des Gebäudes bis zum Antrag des Regierungsrates sind 20 Jahre vergangen. Das ist ein unhaltbarer Zustand und muss in Zukunft deutlich verbessert werden, auch wenn in diesem Fall Probleme beim Bau entstanden sind, welche geklärt werden mussten, und schrittweise Massnahmen zur Verbesserung des Raumklimas realisiert wurden. Dies hat sich bis ins Jahr 2003 hinausgezogen. Somit sind aber bis zum Regierungsratsbeschluss – dieser ist übrigens auch schon über ein Jahr alt, wir sind also auch nicht die Allerschnellsten – 15 Jahre verstrichen. Dies muss sich in Zukunft deutlich verbessern. Mit den neugeschaffenen Immobilienamt müssen diese Abrechnungen in einem Zeitraum erstellt werden, sodass die Nachvollziehbarkeit gewährleistet ist, was bei so langen Zeiträumen absolut nicht mehr der Fall ist, da die bearbeitenden Personen schon lange nicht mehr greifbar sind und für die neuen Verantwortlichen der Aufwand zur Klärung von Fakten und Unklarheiten sehr gross wird. Deshalb erwarten wir Grüne die Umsetzung der folgenden beiden Massnahmen:

Erstens: Der Regierungsratsbeschluss zu Bauabrechnungen soll spätestens drei Jahre nach dem Bezug des Gebäudes vorliegen. Falls es, wie in diesem Fall, zu unerwarteten Problemen kommt, soll der Regierungsrat die entsprechenden Kommissionen frühzeitig informieren.

Zweitens: In der Bildungsdirektion liegt nach Auskunft von Herrn Annighöfer (*Wolfgang Annighöfer*), dem zuständigen Abteilungsleiter, noch eine Bauabrechnung vor, bei welcher der Bau sehr lange zurückliegt. Trotzdem wollen wir eine

Liste aller Bauabrechnungen aller Direktionen, bei welchen der Bezug mehr als fünf Jahre zurückliegt. Sie soll vom Regierungsrat zuhanden der FIKO (*Finanzkommission*), der KPB und der zuständigen Fachkommissionen erstellt werden. Die Ausschöpfung des Kredits war jedoch eine Punktlandung: 100'000 Franken Differenz auf 43 Millionen Franken, das sind 2 Promille. Wie weit dies aber korrekt ist, sei dahingestellt. Innerhalb des Baukostenplans gibt es hingegen massive Abweichungen vom vorgesehenen Budget. Auch hier soll in Zukunft genauer gearbeitet werden.

Die Grüne Fraktion wird die Bauabrechnung trotz allen Widrigkeiten annehmen.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Im Hinblick auf das Mietermodell sollte eigentlich diese Problematik jetzt vom Tisch sein. Von unserer Seite wurden zumindest die noch offenen Abrechnungen bereinigt. Sie haben aber vielleicht unschwer erkennen können, dass ich vor 26 Jahren auch noch nicht im Amt war. Und ich hoffe, dass die neue Zuständigkeitsregelung solche Fälle inskünftig vermeiden wird.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I. und II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 169 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5503 zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.